

Stellungnahme zur Europawahl 2009

Europa muss seinen „Jour fixe“ bewahren!

Der europäische Sonntagsschutz braucht ein partei- und länderübergreifendes Bündnis

Kurz vor der Europawahl errang eine parlamentarische Initiative für den europäischen Sonntagsschutz einen Achtungserfolg. 261 EU-Abgeordnete, ein Drittel des EU-Parlaments, unterschrieb die „Schriftliche Erklärung zum Schutz eines arbeitsfreien Sonntags als tragendem Element des europäischen Sozialmodells und Teil des europäischen Kulturerbes“. Diese Erklärung, die u.a. von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Kommission der katholischen Bischofskonferenzen in der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) und mehreren europäischen Sonntagsallianzen unterstützt wurde, verfehlte damit allerdings die notwendige Mehrheit, um zu einer offiziellen Verlautbarung des Europäischen Parlaments werden zu können.

Nach dem Scheitern der Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie gilt es in der kommenden Wahlperiode erneut, auf europäischer Ebene für menschengerechte und gesunde Arbeitszeiten und die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben einzutreten. Der freie Sonntag als traditioneller europäischer „Jour fixe“ muss dabei als unverzichtbares Kulturgut in einer neuen Arbeitszeitrichtlinie verankert werden. Hierfür ist jedoch ein Abschied vom Lagerdenken notwendig. Die jetzige Erklärung zum Sonntagsschutz wurde in Deutschland von der CDU/CSU stark, aber von der SPD kaum unterstützt, während die Unterzeichner/innen in Frankreich hauptsächlich aus dem linken und nur zu einem geringen Teil aus dem konservativen Lager kamen. Europa braucht künftig ein partei- und länderübergreifendes Bündnis, wenn es seinen freien Sonntag bewahren will!

Die Allianz für den freien Sonntag wird die kommende Legislaturperiode nutzen, um Ihr Anliegen – auch in Europa – verstärkt voranzutreiben. Schon heute bestehen Allianz-Kontakte in viele europäische Länder und das Ziel ist überall gleich: Den Sonntag, als gemeinsamen Zeitanker schützen, ihn als familiären, gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und religiösen Wert zu stärken.

(s. EU-Erklärung und Liste der deutschen Unterzeichner/innen in der Anlage)

Die **Allianz für den freien Sonntag** ist eine kirchlich-gewerkschaftliche Initiative, die von zahlreichen Organisationen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen unterstützt wird. Sie ist auf der Bundesebene sowie in Bundesländern und Regionen verankert. Sonntagsallianzen und ähnliche Initiativen bestehen auch in vielen anderen EU-Ländern.

www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de

Ansprechpartner:

Philip Büttner
Kirchlicher Dienst in der
Arbeitswelt/ EKD
Schwanthalerstr. 91
80336 München
Tel.: 089/ 53073737
buettner@kda-
muenchen.de

Trägerorganisationen



EU-Initiative zum Sonntagsschutz

Europaparlament/ Frühjahr 2009

Schriftliche Erklärung

zum Schutz eines arbeitsfreien Sonntags als tragendem Element des europäischen Sozialmodells und Teil des europäischen Kulturerbes

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 137 des EUV,
 - gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass der arbeitsfreie Sonntag ein tragendes Element des europäischen Sozialmodells und Teil des europäischen Kulturerbes ist,
- B. in der Erwägung, dass einer Studie von EUROFOUND zufolge die Wahrscheinlichkeit von Krankheits- und Fehlzeiten in Firmen, in denen samstags und sonntags gearbeitet wird, 1,3 Mal höher ist als in Firmen, die von ihrem Personal keine Wochenendarbeit verlangen,
- C. in der Erwägung, dass der Sonntag nach EU-Recht der wöchentliche Ruhetag für Kinder und junge Menschen ist,
- D. in der Erwägung, dass die europäischen Organe, Institutionen und Agenturen von jeher sonntags nicht gearbeitet haben und dies trotz des vielfältigen religiösen, kulturellen und ethnischen Hintergrunds der EU-Beamten und -Entscheidungsträger auch in Zukunft nicht zu tun gedenken,
1. fordert die Mitgliedstaaten und die EU-Organen auf, den Sonntag in künftigen einzelstaatlichen und EU-Rechtsvorschriften zur Arbeitszeit als wöchentlichen Ruhetag zu schützen, um den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer und die Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben zu fördern;
2. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner an den Rat, die Kommission und die Ausschüsse für soziale Angelegenheiten der einzelstaatlichen Parlamente zu übermitteln.

**Diese Erklärung wurde von
261 EU-Abgeordneten unterzeichnet,
davon 42 aus Deutschland**

Deutsche Unterzeichner/innen*:

Beer, Angelika	Grüne
Berend, Rolf	CDU
Breyer, Hiltrud	Grüne
Brie, André	Linke
Brok, Elmar	CDU
Deß, Albert	CSU
Ehler, Christian	CDU
Ferber, Markus	CSU
Florenz, Karl-Heinz	CDU
Friedrich, Ingo	CSU
Gahler, Michael	CDU
Hieronymi, Ruth	CDU
Jarzembowski, Georg	CDU
Jeggle, Elisabeth	CDU
Kallenbach, Gisela	Grüne
Kastler, Martin	CSU
Klamt, Ewa	CDU
Koch, Dieter-Lebrecht	CDU
Kreissl-Dörfler, Wolfgang	SPD
Lechner, Kurt	CDU
Lehne, Klaus-Heiner	CDU
Leinen, Jo	SPD
Liese, Peter	CDU
Mann, Erika	SPD
Mann, Thomas	CDU
Markov, Helmuth	Linke
Mayer, Hans-Peter	CDU
Niebler, Angelika	CSU
Pflüger, Tobias	Linke
Pieper, Markus	CDU
Posdorf, Horst	CDU
Posselt, Bernd	CSU
Reul, Herbert	CDU
Rühle, Heide	Grüne
Schnellhardt, Horst	CDU
Sommer, Renate	CDU
Stauner, Gabriele	CSU
Stockmann, Ulrich	SPD
Ulmer, Thomas	CDU
Von Wogau, Karl	CDU
Weber, Manfred	CSU
Weisgerber, Anja	CSU

*gefettete Namen =
kandidiert erneut bei EU-Wahl am 7. Juni 2009